

## WP-Analyse

# Big Picture

## 2025

Die wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen des Jahres 2024 haben bestehende Trends weiter verfestigt, die auch 2025 prägend sein werden. So steht beispielsweise die europäische Automobilindustrie vor erheblichen Herausforderungen: Hohe Kosten, technologische Umbrüche und der rasante Aufstieg Chinas als weltweit größter Autoexporteur setzen europäische Hersteller zunehmend unter Druck. Gleichzeitig zeigt sich in der Eurozone eine wirtschaftliche Verschiebung – während Deutschland stagniert, verzeichnen Länder wie Spanien und Griechenland ein stabiles Wachstum. Auch geopolitisch bleibt die Lage angespannt. Mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus droht ein neuer transatlantischer Handelskrieg, der die ohnehin schwächelnden europäischen Exporte weiter belasten könnte. Zudem verschärft sich die geopolitische Dynamik in Asien, wo China seinen wirtschaftlichen und militärischen Einfluss ausbaut. Dies stellt die EU vor sicherheitspolitische Herausforderungen: Die Verteidigungsausgaben müssten angesichts einer wachsenden Bedrohungslage steigen, doch finanzielle und politische Widerstände erschweren eine gemeinsame Strategie. Deutschland, als wirtschaftliches Schwergewicht der EU, kämpft mit anhaltender Stagnation und einem erschwerten exportgetriebenen Wachstum. In der Industriepolitik bleibt die Energiewende von zentraler Bedeutung. Der rapide Preisverfall bei grünen Technologien, insbesondere Batterien, verändert globale Wertschöpfungsketten und könnte Europas Wettbewerbsfähigkeit langfristig beeinflussen. Schließlich rückt die Entwicklung künstlicher Intelligenz ins Zentrum der wirtschaftlichen Transformation. Während KI große Produktivitätspotenziale birgt, bleiben makroökonomische Effekte bislang begrenzt. Das Big Picture 2025 analysiert diese Entwicklungen und zeigt mögliche wirtschafts- und industriepolitische Handlungsoptionen für Europa auf.

**Schwerpunkte im Big Picture 2025:**

1. [Krise der europäischen Autoindustrie: Der neue China-Schock](#)
2. [Eurozone: Der überraschende Erfolg der Peripherieländer](#)
3. [Trump 2.0: Droht ein neuer transatlantischer Handelskrieg?](#)
4. [Geopolitik in Asien: Einer gegen alle](#)
5. [EU-Sicherheitspolitik: Zwischen Abschreckung und Sparzwang](#)
6. [Deutschland: Gelingt nach 6 Jahren Stagnation endlich die Kehrtwende?](#)
7. [Greentech: Wie Batterien die Welt verändern werden](#)
8. [KI: Was hinter dem Hype steckt](#)

## 1. Krise der europäischen Autoindustrie: Der neue China-Schock

2024 war für die europäische Industrie kein gutes Jahr. Besonders die Fahrzeugindustrie mit ihren zahlreichen Zulieferbetrieben steht sinnbildlich für die Herausforderungen, mit denen die Branche konfrontiert ist. Diese manifestierten sich im vergangenen Jahr in einer Reihe von Werksschließungen und Insolvenzanträgen. Eine Problematik, die nicht nur Österreich betrifft, sondern auch unseren wichtigsten Exportpartner. In **Deutschland** ist die Automobilindustrie traditionell ein bedeutendes Zugferd der Wirtschaft. Sie trägt etwa 5 % zum BIP bei und beschäftigt mehr als 800.000 Personen. Einen entsprechend starken Einfluss haben die Branchenschwierigkeiten deshalb auf die Gesamtwirtschaft.

Die Gründe für die gefühlt plötzliche Abwärtsentwicklung des Automobilsektors, der 2022 noch mit Rekordgewinnen in den Schlagzeilen aufgefallen ist, sind vielfältig: Die hohen Energie- und Lohnkosten, eine allgemein große Unsicherheit - auch aufgrund der Transformation hin zu alternativen Antriebsformen - sowie das hohe Zinsumfeld belasten die Branche. Ein weniger beachteter, aber nicht zu unterschätzender Beitrag zum Schrumpfen der europäischen Autoindustrie geht von **China** aus: Das Land ist innerhalb von 4 Jahren zum größten Automobilexporteur der Welt aufgestiegen und hat damit sowohl Deutschland als auch Japan hinter sich gelassen. Zwar beinhaltet das Land für sich genommen schon seit längerem den größten Automarkt der Welt - er ist beinahe so groß wie der europäische und nordamerikanische Automarkt zusammen -, auf den internationalen Exportmärkten spielten chinesische Hersteller aber bisher so gut wie keine Rolle.

Obwohl Chinas E-Autos und Plug-in Hybride am meisten öffentliche Aufmerksamkeit generieren, handelt es sich beim Großteil seiner Fahrzeugausfuhren immer noch um Verbrennermodelle. Laut Recherchen der New York Times existieren mehr als 100 chinesische Kfz-Fabriken mit einer Produktionskapazität von insgesamt 40 Mio. Verbrennerautos<sup>1</sup> - was mehr als das Doppelte von dem entspricht, was derzeit am Heimmarkt nachgefragt wird. Die schwache Binnennachfrage in China, das derzeit unter den Folgen einer geplatzten Immobilienblase leidet, und der schnelle Umstieg auf Elektroautos führen dazu, dass der Absatz von Verbrennern in China weiter zurückgeht und die Hersteller vermehrt versuchen, ihre Überproduktion mit hohen Rabatten im Ausland abzusetzen. Während es chinesischen Hersteller mit ihren Verbrennermodellen auf den westlichen Märkten nie gelungen ist, richtig Fuß zu fassen, finden sie in Lateinamerika, im Mittleren Osten und - auch wegen der EU-Sanktionen - in Russland eine schnell wachsende Anzahl an Abnehmern.

Mittlerweile sorgt **der rasante Aufstieg der chinesischen Automobilindustrie** für eine Zunahme an Gegenreaktionen. So haben mit den USA, Kanada und Indien bereits drei wichtige Märkte zusätzliche Zölle in einer Höhe von bis zu 100 % auf chinesische Elektroauto-Importe eingeführt. Die EU arbeitet aktuell mit weniger prohibitiven, herstellereinspezifischen Zusatzzöllen zwischen 7,8 und 35,3 %, welche die Wettbewerbsverzerrungen durch die teilweise versteckten Subventionen für chinesische Automobilhersteller ausgleichen sollen.

Solche Verzerrungen betreffen jedoch nicht nur den europäischen Markt, sondern wirken sich auch auf den globalen Automobilhandel aus, wodurch sie wiederum die Absatzpotenziale für europäische Hersteller schmälern. Als Teil einer europäischen Industriestrategie für den Automobilsektor werden daher auch „Buy European“-Klauseln diskutiert, die zu einer höheren Nachfrage nach europäischer Produktion beitragen und so die Verzerrungen durch Chinas Industriepolitik ausgleichen könnten.

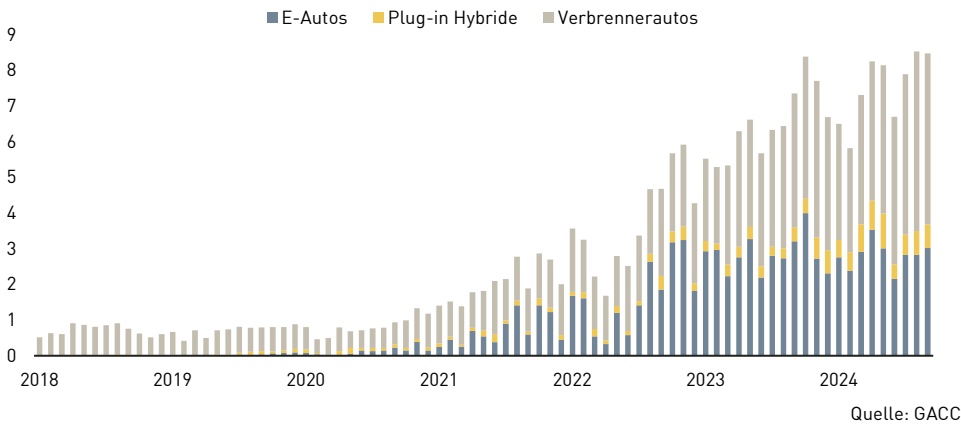
China ist innerhalb von 4 Jahren zum größten Autoexporteur geworden

Der chinesische Automarkt ist von großen Überkapazitäten geprägt.

<sup>1</sup> Der gesamte Autoabsatz in der EU im Jahr 2023 umfasste 10,5 Mio. Fahrzeuge.

Die fortdauernde **Debatte rund um marktverzerrende Maßnahmen im Automobilsektor** sollte jedoch nicht von der Tatsache ablenken, dass europäische Hersteller bei den Produktionsmethoden durchaus einiges von ihrer chinesischen Konkurrenz lernen können. Berechnungen zeigen, dass es BYD gelingt, qualitativ vergleichbare Elektroautos um 25 % günstiger zu produzieren als europäische Produzenten. Wenn europäische Automobilhersteller also künftig mit der chinesischen Dominanz im Bereich der Elektroautos konkurrieren wollen, wird dies ohne eine Senkung der Produktionskosten nicht möglich sein. Unter den aktuellen Bedingungen – massive Überkapazitäten im chinesischen Verbrennungsmotorensektor, ein rasanter Kapazitätsaufbau im chinesischen Elektrofahrzeugsektor, praktisch unbegrenzte Kredite für chinesische Hersteller durch chinesische Staatsbanken und ein schwacher Yuan – zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der sich die globale Automobilproduktion immer mehr auf eine Region und in diesem Fall auf ein Land - China – konzentrieren wird.

**Chinas Autoexporte nach Antriebsart**  
in Mrd. USD



<p>Number to watch:</p> <p><b>21,7 %</b></p>	<p>Das ist der Marktanteil von in China hergestellten E-Autos am Gesamtabsatz in der EU im Jahr 2023. Davon stammen wiederum 7,6 %-Punkte von rein chinesischen Unternehmen. Seit 2020 ist der Marktanteil von in China hergestellten E-Autos in der EU um fast 500 % gewachsen (Quelle: <a href="#">ACEA</a>).</p>
--	---

**2. Eurozone: Der überraschende Erfolg der Peripherieländer**

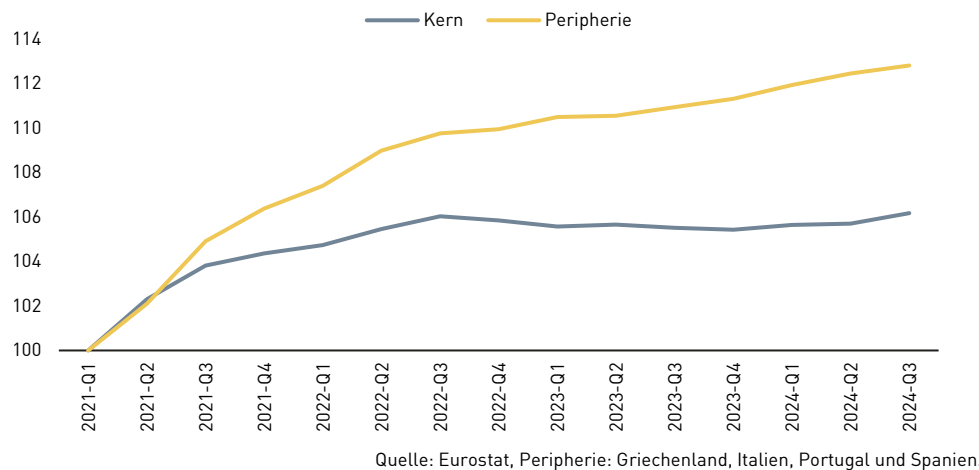
2025 jährt sich Mario Draghis berühmte Aussage „Whatever it takes“ zum zehnten Mal. Der damalige Chef der EZB wollte mit dem politischen Statement unmissverständlich deutlich machen, dass alles Mögliche getan würde, um die Eurokrise einzudämmen. Viele strukturelle Ursachen der damaligen Krise bestehen weiterhin. Sie lassen sich in drei Bereiche zusammenfassen: Ein unvollständig integrierter europäischer Binnenmarkt, eine zu geringe öffentliche Investitionstätigkeit und eine nach wie vor schwach ausgebaute Kapitalmarktunion. Im Anschluss an die Eurokrise wurde die europäische Volkswirtschaft stärker in Richtung Exportwachstum justiert und weniger auf die Binnennachfrage. Infolgedessen ist der Anteil des Konsums der privaten Haushalte am BIP von 56 % im Jahr 2009 auf 52 % im Jahr 2024 gesunken, während er in den USA bei 68 % stagniert ist.

Wie Draghi selbst kürzlich analysierte, ist der Netto-Effekt dieser strukturellen Mängel, dass die **Eurozone längere Phasen unterhalb ihres Potenzialwachstums** erlebt, was sich wiederum negativ auf das Produktivitätswachstum auswirkt. Laut einem Papier des CEPR wird ein Fünftel des langfristigen Wirtschaftswachstums durch Nachfragefaktoren und ihre Auswirkungen auf die Innovationsanreize der Unternehmen bestimmt. Dies hat zur Folge, dass eine Wirtschaft, die chronisch unterausgelastet ist, letztlich weniger Innovationen hervorbringt und ein schwächeres Wirtschaftswachstum aufweist.

Die EU tendiert zu längeren Phasen unterhalb des Potenzialwachstums.

Tatsächlich überholt ist in jedem Fall das alte Narrativ von der wirtschaftlich schwachen und überschuldeten **Peripherie** und dem wettbewerbsfähigen und wirtschaftlichen Kern der Eurozone. Ein Blick auf die Wachstumsraten der letzten Jahre lässt sogar eher den gegenteiligen Schluss zu: Während Deutschland bereits seit 2017 mit Stagnation kämpft, verzeichneten Spanien und Griechenland seitdem - mit Ausnahme der Zeit der Covid-19-Krise - ein stabiles Wachstum. So lag das deutsche BIP im dritten Quartal 2024 nur um 2% höher als sieben Jahre zuvor, wohingegen die Wirtschaftsleistung in Spanien und Griechenland in dieser Zeit um 11,5 % bzw. 13,3 % wuchs. Für die Wirtschaftspolitik der EU bedeutet dies eine deutliche Verschiebung der Interessenslage. Waren es zu Zeiten der Eurozone die Peripherieländer, für die sich eine stärkere Integration der EU als vorteilhaft erwies, so sind es nun vor allem Deutschland und andere Länder im industriellen Kern des Binnenmarktes, die an einer einheitlichen europäischen Wachstumsstrategie interessiert sein sollten. Die EU ist sich selbst der größte Konsument, und auch wenn das wachsende Wohlstandsgefälle zu den USA ein existenzielles wirtschaftspolitisches Problem darstellt, zeigt es doch sehr deutlich, dass der Binnenmarkt noch ein erhebliches Wachstumspotenzial in sich birgt.

**Industrieller Kern überproportional von Wachstumsschwäche im Euroraum betroffen**  
 Reales BIP, Q1 2021=100



Die Peripherieländer sind seit Anfang 2021 doppelt so stark gewachsen wie der Kern.

<p>Number to watch:</p> <p><b>5,9 %</b></p>	<p>Das ist die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition in der EU für November 2024. Damit wurde - entgegen dem Trend in Österreich - der niedrigste Wert in der Geschichte der EU erreicht. Zum Vergleich: In Österreich lag die Arbeitslosenquote bei 5 % (Quelle: <u>Eurostat</u>).</p>
---	--

### 3. Trump 2.0: Droht ein neuer transatlantischer Handelskrieg?

Der neue US-Präsident hat die Handelsüberschüsse Europas gegenüber den USA wiederholt als „Diebstahl“ bezeichnet und daraufhin neue Zölle in Aussicht gestellt. Konkret drohte er mit umfassenden Zöllen von 10 bis 20 % auf alle US-Importe. China gegenüber sprach er sogar von Zöllen bis zu 60 % auf dessen Exporte. Dabei galt gerade der Handel mit den USA zuletzt als einer der wenigen Lichtblicke für die europäische Industrie. Mehrere volkswirtschaftliche Analysen zeigen, dass zusätzliche **Zölle** aus Washington die europäischen Exporte empfindlich treffen würden. So schätzt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) den Schaden allein für die deutsche Wirtschaft auf bis zu 180 Milliarden Euro innerhalb von vier Jahren.

US-Zölle könnten EU bis zu  
**180 Mrd.**  
Euro pro Jahr kosten.

Dabei stellt die **unmittelbare Betroffenheit von Zöllen nur einen Teil der Herausforderung** dar – auch mittelbar dürfte die neue Zollpolitik den Druck auf Europa erhöhen. Denn ein Großteil der chinesischen Waren, die wegen hoher Zölle in den USA und immer mehr anderen Ländern keinen Absatz mehr finden, werden ihren Weg verstärkt in Richtung EU-Binnenmarkt nehmen. Dies würde in vielen europäischen Branchen – vom Maschinenbau bis hin zu E-Autos – einen zusätzlichen Wettbewerbsdruck erzeugen, und das gerade in einer Phase, in der Europas Weltmarktanteil ohnehin schrumpft.

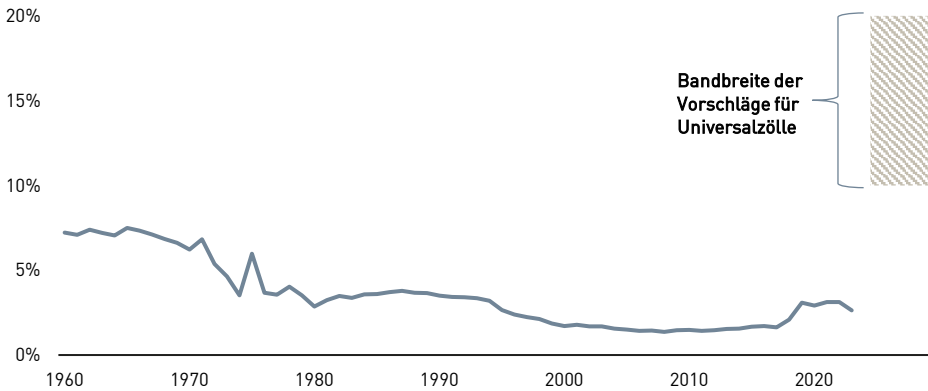
Als noch gravierender könnten sich die **Zweitrundeneffekte** erweisen: Gegenmaßnahmen, wie EU-Zölle auf US-Güter, oder weitere Abschottungsschritte anderer Handelspartner bergen das Potenzial, die Weltwirtschaft in eine Abwärtsspirale zu treiben. Die Europäische Zentralbank warnt bereits vor einer Wiederholung der Handelskonflikte der 1930er-Jahre. Offenheit im Handel galt stets als Wachstumstreiber der EU. Ein neuer transatlantischer Handelsstreit würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit Europas schwächen, sondern gleichzeitig den Aufstieg chinesischer Hersteller befördern. Vor diesem Hintergrund ergibt sich auch die Chance auf einen Kompromiss: Es liegt im Interesse der EU und der USA, dass China seine stark investitionsgetriebene Wirtschaftsstruktur hin zu mehr Konsumorientierung weiterentwickelt. Mit einer Sparquote von über 40 % benötigt China für das Erreichen seines Wachstumsziels entweder hohe Investitionen oder wachsende Außenhandelsüberschüsse<sup>2</sup>. Da Chinas Potenzialwachstum jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten stark gesunken ist, sind unbegrenzt steigende Investitionen kaum gewinnbringend möglich.

Aktuell stoßen die wachsenden **Außenhandelsüberschüsse Chinas** immer mehr auf internationalen Widerstand, wie auch die jüngsten Ausgleichszölle der EU auf chinesische Elektroautos zeigen. Ein Verzicht der USA auf weitere Zölle gegenüber der EU im Gegenzug zu einer gemeinsamen China-Politik könnten dazu beitragen, die von den USA häufig kritisierten Handelsungleichgewichte zu beseitigen. Wenn die Union gleichzeitig an der ohnehin dringend notwendigen Stärkung des europäischen Binnenmarktes arbeitet, würde ein solcher Deal sowohl die europäischen Handelsüberschüsse gegenüber den USA reduzieren als auch Absatzmärkte für die heimische Exportwirtschaft offenhalten.

<sup>2</sup> Damit die Nachfrage dem potenziellen Angebot entspricht, müssen die inländischen Investitionen und der Leistungsbilanzüberschuss den Ersparnissen entsprechen.

**Durchschnittlicher effektiver Zollsatz der USA**

In %



Quelle: Bureau of Economic Analysis (BEA)

Trumps Pläne würden den effektiven Zollsatz der USA mindestens vervierfachen.

Number to watch:

**-2,75 %**

So hoch war das vorläufige Leistungsbilanzdefizit der USA gemessen am BIP im Jahr 2024. Die Warenexporte der EU in die USA sind seit 2020 um 13 % gestiegen. Die neue US-Regierung hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, die globale Nachfrage besser auszubalancieren und damit die Handelsüberschüsse ihrer wichtigsten Handelspartner zu verringern (Quelle: [Trading Economics](#)).

**4. Geopolitik in Asien: Einer gegen alle**

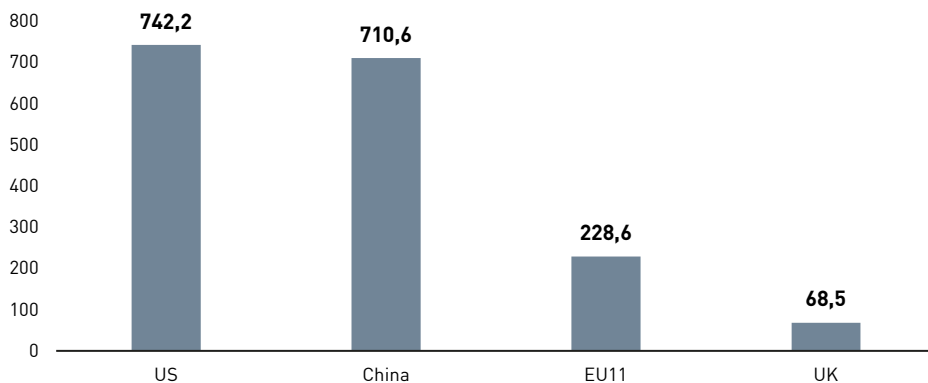
Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in einem Kreis von 8.000 km Durchmesser um Südostasien, der 21 Nationen umfasst. Dies verleiht der **Region eine enorme geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung**. Die USA haben sie bereits unter Barack Obama als entscheidend für die geopolitischen Machtverhältnisse des 21. Jahrhunderts identifiziert und den berühmten außenpolitischen „Pivot to Asia“ („Schwenk nach Asien“) eingeleitet. Auch der spätere Rückzug der USA aus Afghanistan, der unter der ersten Trump-Administration verhandelt und schließlich unter Joe Biden vollzogen wurde, spiegelt diese Neuorientierung wider.

Es sind vor allem die zunehmende wirtschaftliche Stärke und geopolitischen Ansprüche Chinas, die die USA von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt haben. Die Volksrepublik ist mit 13 Staaten der Region – darunter enge Verbündete der USA wie Japan, Südkorea und die Philippinen – in Territorialstreitigkeiten verwickelt. Darüber hinaus ist China, gemessen an der Kaufkraft, die größte Volkswirtschaft der Welt und mit Abstand der größte Produzent von Industriegütern. [UNIDO](#) geht davon aus, dass China bis 2030 fast die Hälfte der weltweiten Industrieproduktion für sich beanspruchen wird, während für die USA nur 11 % prognostiziert werden. Hinzu kommt, dass China in vielen kriegsrelevanten Industriekategorien der absolute Weltmarktführer ist. So entfielen im ersten Halbjahr 2024 55 % des weltweiten Auslieferungsvolumens im Schiffbau auf China. Chinesische Hersteller nehmen auch eine dominante Stellung im [kommerziellen Drohnensegment](#) ein - eine Technologie, die sich zuletzt auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine als entscheidend erwiesen hat.

China ist mit 13 Staaten in Grenzstreitigkeiten verwickelt.

**2022: Chinas reales Verteidigungsbudget ist vergleichbar mit dem der USA**

In Mrd. USD



Die USA und China liegen bei den Rüstungsausgaben inzwischen fast gleichauf.

Quelle: AEI, EU11 = Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Polen, Niederlande, Griechenland, Schweden, Belgien, Dänemark, Rumänien.

Number to watch:

**45 %**

Das ist der Anteil an der weltweiten Industrieproduktion, die laut Schätzungen der UNIDO bis 2030 aus China stammen wird. Eine solche Dominanz eines einzelnen Landes im verarbeitenden Gewerbe hat es bisher nur zweimal gegeben - im Vereinigten Königreich zu Beginn der industriellen Revolution und in den USA unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg (Quelle: [UNIDO](#)).

**5. EU-Sicherheitspolitik: Zwischen Abschreckung und Sparzwang**

Im zweiten Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und nach der kürzlich erfolgten Wiederwahl Donald Trumps als Präsident der USA treten die Konfliktlinien in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik deutlicher denn je zutage. Den bisher kolportierten Plänen der neuen US-Administration zufolge dürfte bei einem möglichen Waffenstillstand in der **Ukraine** die Hauptlast für den Wiederaufbau sowie die Grenzsicherung gegenüber Russland an die EU fallen. Um eine glaubwürdige konventionelle Abschreckung ohne substantielle Beteiligung der USA zu gewährleisten, müsste die EU ihre Rüstungsausgaben deutlich erhöhen. Der neue NATO-Generalsekretär und ehemalige Ministerpräsident der Niederlande, Mark Rutte, hat sich deshalb dafür ausgesprochen, die Ausgabenrichtlinie von bisher 2 % auf 3 % des BIP anzuheben. Während Polen auf dem besten Weg ist, seine Verteidigungsausgaben auf rund 4 % des BIP zu steigern, liegen Länder wie Spanien und Italien gerade einmal bei 1,5 %. Deutschland hätte zwar die größten finanziellen Spielräume, erreicht aber ebenfalls nur knapp die 2 %-Marke – unter anderem auf Basis eines temporären Sondervermögens und durch die Einrechnung nicht eindeutig verteidigungsrelevanter Budgetposten, wie etwa Pensionszahlungen für ehemalige Bundeswehrbedienstete.

Die Europäische Kommission veranschlagt den **Investitionsbedarf im Verteidigungsbereich** auf rund 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre, wenn die EU das NATO-Ausgabenziel von 2 % erreichen möchte. Eine Aufstockung auf 3 % des BIP würde zusätzliche 200 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Trotz weitreichendem Konsens, dass die EU ihre Verteidigungsausgaben erhöhen muss, besteht Uneinigkeit, wie diese Summen finanziert werden sollen. Klassische Ansätze – also die Anhebung nationaler Verteidigungsbudgets – stoßen auf budgetäre Grenzen und politische Widerstände. Vorschläge für eine schuldenfinanzierte

Anhebung der Verteidigungsausgaben auf 3 % des BIP würde die EU

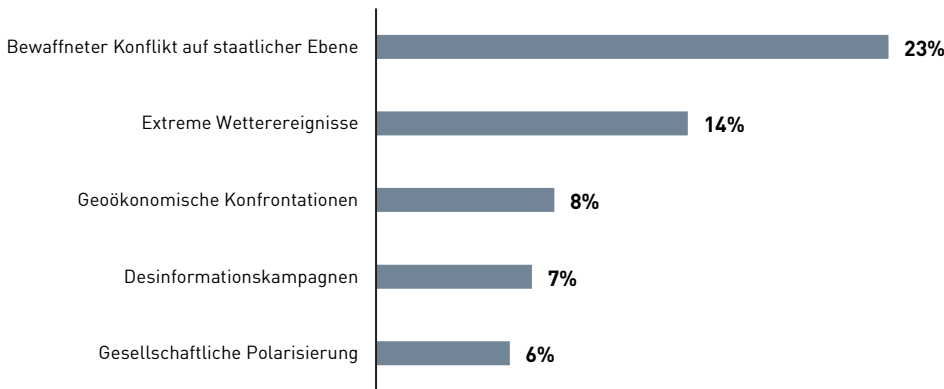
**200 Mrd.**

Euro pro Jahr kosten.

EU-Lösung (etwa über eigene EU-Bonds oder einen neuen gemeinschaftlichen „Verteidigungsfonds“) finden zwar bei vielen Ökonom:innen Anklang, stoßen jedoch besonders in Deutschland und anderen „frugalen“ Mitgliedstaaten auf Ablehnung. Dabei könnte sich die **fehlende Verteidigungsfähigkeit für Europa zunehmend zum Standortnachteil** entwickeln. Denn geopolitische Risiken wirken negativ auf das Wirtschaftswachstum und können zu einer Währungsabwertung führen. Darüber hinaus bergen geopolitische Spannungen das Potenzial, das Wirtschafts- und Konsumentenvertrauen zu dämpfen, Investitionen und Ausgaben zu verringern und Investitionsprojekte zu verzögern. Laut dem Global Risk Report des World Economic Forum für das Jahr 2025 dürften **geopolitische Risiken auch 2025 eine große Herausforderung** darstellen. Rund ein Viertel der Befragten sieht mögliche bewaffnete Konflikte zwischen Staaten als das größte Risiko für das laufende Jahr.

**Aktuelle Risikolage - Top 5 Risiken für 2025**

in % der Befragten



Quelle: World Economic Forum Global Risks Perception Survey 2024-2025; Befragt wurden mehr als 900 führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Regierung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

<p>Number to watch:</p> <p><b>7</b></p>	<p>Dies ist die Anzahl der EU-Länder in der NATO, deren Verteidigungsausgaben 2024 unter der NATO-Zielmarke von 2 % liegen werden. Als öffentliches Gut ist Verteidigung anfällig für Trittbrettfahrer. Eine ungleiche Lastenverteilung innerhalb der EU könnte daher für gemeinsame Investitionen in dem Bereich sprechen (Quelle: <u>Bruegel</u>).</p>
---	--

**6. Deutschland: Gelingt nach 6 Jahren Stagnation endlich die Kehrtwende?**

Nach dem Auseinanderbrechen der Ampelkoalition im November 2024 wählt Deutschland - sieben Monate früher als geplant - am 23. Februar 2025 einen neuen Bundestag. Dabei ist die Ausgangslage alles andere als rosig: Deutschland hat in den letzten Jahren unter den größeren EU-Mitgliedstaaten **wirtschaftlich am schlechtesten abgeschnitten**. Damit ist seine Wirtschaft heute nur etwa so groß wie im vierten Quartal 2019, d.h. das Land ist schon seit fünf Jahren nicht mehr gewachsen. Gemäß der Dezemberprognose des Kieler Instituts für Weltwirtschaft wird das Bruttoinlandsprodukt auch 2025 wieder stagnieren. Gleichzeitig steigen die Arbeitslosenzahlen und die deutsche Industrie leidet unter hohen Energiepreisen, Fachkräftemangel und einer schwächelnden Exportnachfrage. Vor allem die schwächere Nachfrage aus China belastet die deutschen Exporte, die bis weit ins Jahr 2025 rückläufig bleiben dürften. Dass Deutschland weiterhin hohe Außenhandelsüberschüsse erzielt,

**Deutschlands  
Wirtschaftsleistung  
stagniert seit 5 Jahren**



liegt daher weniger am eigenen Exporterfolg als den noch stärker sinkenden Importen infolge der schwachen Binnennachfrage.

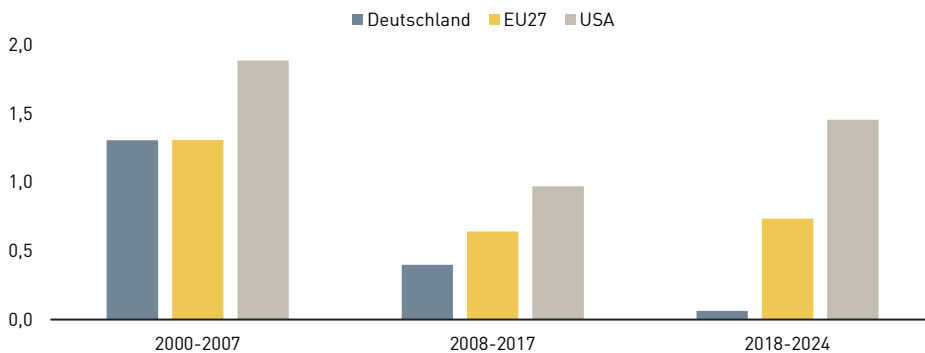
Ein exportgetriebenes Wachstum zu generieren, wird zunehmend herausfordernd, wenn die globale Nachfrage an Dynamik verliert. In den vergangenen Jahrzehnten bewegte sich das weltweite Wirtschaftswachstum im Bereich rund um 5 %. Für 2025 prognostiziert der Internationale Währungsfonds jedoch lediglich eine Expansion von etwa 3 %. Die Ursachen für diese Abschwächung liegen sowohl in der nachlassenden Wachstumsdynamik der Industrieländer als auch in der verlangsamten wirtschaftlichen Entwicklung vieler Schwellen- und Entwicklungsländer. Generell sind die Faktoren, die Deutschlands Exportwirtschaft zum Wachstumsmotor Europas gemacht haben, in den letzten Jahren sukzessive weggefallen: Dazu zählen kostengünstige Energieimporte aus Russland, Sicherheitsgarantien durch die USA sowie eine hohe Nachfrage aus China.

Deutschlands Exportorientierung ist in Zeiten schwachen globalen Wachstums eine Belastung.

Der künftige wirtschaftliche Erfolg Deutschlands wird stark vom **politischen Willen zu echten Reformen** abhängen. Ein erster Test dafür wird die vieldiskutierte Reform der Schuldenbremse sein, die vor rund zehn Jahren unter Angela Merkel im Grundgesetz verankert wurde und lange Zeit als ein Aushängeschild der CDU bzw. der deutschen Sparsamkeit („schwäbische Hausfrau“) fungierte. Eine Lockerung der Schuldenbremse, die das strukturelle Defizit derzeit auf 0,35 % des BIP begrenzt, gilt unter Ökonom:innen als eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Deutschland – und damit Europa insgesamt – für eine Erhöhung des Wachstumspotenzial derzeit benötigt. Denn die gegenwärtigen fiskalischen Rahmenbedingungen verhindern sowohl die längst überfällige Modernisierung der physischen Infrastruktur, als auch adäquate Investitionen in Bildung und die Qualifizierung von Fachkräften, die Bereitstellung der notwendigen Verteidigungsausgaben und die notwendigen Investitionen in die Energiewende.

### Reale Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen

in %



Quelle: Eurostat und FRED.

Number to watch:

20 %

So hoch ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP in Deutschland. Chinas Industrie hat einen Anteil von fast 30 % am BIP und wird stark subventioniert. Der Anteil in den USA liegt bei etwa 10 %, ebenso wie in anderen europäischen Ländern, etwa Großbritannien, Frankreich und Spanien. Die Abhängigkeit Deutschlands von der Industrie könnte sich in den kommenden Jahren als Belastung erweisen, wenn es nicht gelingt, eine wirksame europäische Industriestrategie zu formulieren (Quelle: Weltbank).

## 7. Greentech: Wie Batterien die Welt verändern werden

Als eine positive Entwicklung der letzten Jahre lässt sich der rapide Preisverfall verschiedener Greentech-Güter nennen. Sie werden in großer Stückzahl für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft und die Energiewende benötigt. Insbesondere der Preisrückgang von PV-Modulen hat dazu geführt, dass Solarstrom mittlerweile in fast allen Regionen der Welt die günstigste Stromquelle darstellt. Seit 2009 ist Strom aus PV-Anlagen mit jeder Verdoppelung der installierten Kapazität um rund 44 % günstiger geworden, was einem jährlichen Preisrückgang von rund 15 % in Euro/MWh entspricht. Auch die Intermittenz<sup>3</sup>, die lange Zeit als Achillesferse der erneuerbaren Energien galt, scheint in Zukunft immer weniger eine Rolle zu spielen. Grund dafür ist die ebenfalls schnell rückläufige Preisentwicklung bei der Batterietechnologie. Laut dem BloombergNEF erlebte die Technologie im Jahr 2024 den größten Preisverfall seit 2017. Gründe dafür waren neben Effizienzsteigerungen in der industriellen Fertigung auch sinkende Metall- und Komponentenpreise, die Einführung günstigerer Lithium-Eisen-Phosphor-Batterien sowie die schwächelnde Nachfrage nach Elektroautos.

Photovoltaik und Batterien werden das zukünftige Energiesystem prägen.

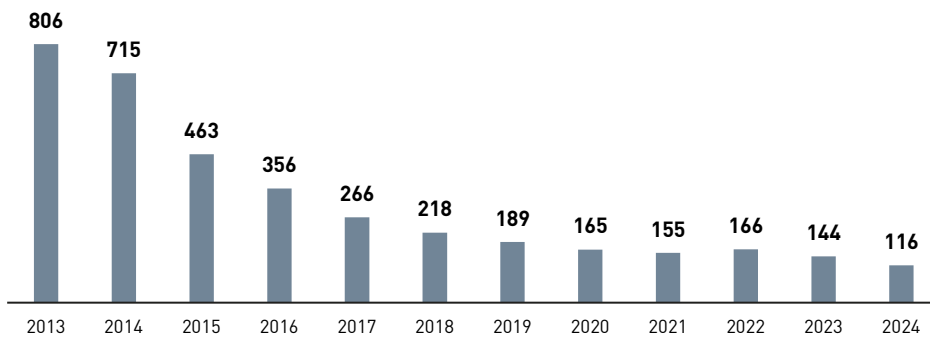
Preisdämpfend wirkt auch der zuletzt **rasante Ausbau der Erzeugungskapazitäten**. Sie erreichten 2024 mit 3,1 TWh mehr als das 2,5-Fache der Nachfrage. Die Überkapazitäten führen zu einem aggressiven Wettbewerb, insbesondere in China, und zu sinkenden Preisen, da kein Unternehmen Marktanteile verlieren möchte. Wie bei anderen Energietechnologien hat Europa auch bei der Batterietechnologie einen Preisnachteil. Im Jahr 2024 waren die Batteriepreise in Europa durchschnittlich um 48 % höher als in China, was für die Automobilhersteller entweder einen Kostennachteil oder eine stärkere Abhängigkeit von chinesischen Zulieferern bedeutet.

Lerneffekte führen zu stark sinkenden Produktionskosten.

Bei der Batterieproduktion zeigten sich 2024 auch die **Grenzen der europäischen Industriepolitik**. Der größte Hoffnungsträger der EU, Northvolt, musste Insolvenz anmelden, weil die Nachfrage nicht mit den Absatzerwartungen deckte. Möchte Europa im Greentech-Bereich unabhängig werden, gilt es einen Weg zu finden, der nicht nur die Angebotsseite subventioniert, sondern auch die Nachfrage nach europäischer Produktion sicherstellt. Ansonsten dürften es europäische Anbieter:innen schwer haben, zu den hoch subventionierten und produktionserfahrenen chinesischen Konkurrent:innen aufzuschließen. Die Frage, in welchen Sektoren europäische Produktion überhaupt zielführend ist, wird in den industriepolitischen Abschnitten des Draghi-Berichts eingehend untersucht. Darin werden zum einen Sektoren betrachtet, in denen Europa über keine oder nur geringe Produktionskapazitäten verfügt und es am effizientesten ist, sich auf Importe zu verlassen. Zum anderen verweist der Bericht aber gerade im Bereich der grünen Technologien darauf, dass es in vielen Fällen wettbewerbsfähige europäische Unternehmen gibt, die über signifikante Produktionskapazitäten in der EU verfügen und auf gute Wettbewerbsbedingungen angewiesen sind.

<sup>3</sup> Darunter versteht man Schwankungen in der Energieerzeugung, die durch natürliche Faktoren wie Wetter oder Tageszeit verursacht werden.

**Volumengewichteter Durchschnittspreis für Lithium-Ionen-Batterien und Zellen**  
in USD, zu Preisen von 2024



Quelle: BloombergNEF

<p>Number to watch:</p> <p><b>400</b></p>	<p>Dies ist die Anzahl der Clean-Tech Fabriken in der EU. Deutschland ist eine zentrale Drehscheibe für Clean-Tech und beherbergt die meisten Produktionsstätten innerhalb Europas. Österreich ist mit 8 Fabriken vor allem im Wärmepumpensektor stark (Quelle: <a href="#">Bruegel</a>).</p>
---	---

**8. KI: Was hinter dem Hype steckt**

Bei der Frage, welche technologische Entwicklung die nächste „industrielle Revolution“ auslösen könnte, stehen derzeit zwei Entwicklungen im Fokus: Zum einen die Aussicht auf nahezu unbegrenzter und emissionsfreier Energie durch immer kostengünstigere grüne Technologien, zum anderen Durchbrüche in der Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI). Letztere erlebte 2024 eine Art „Gap Year“. So kamen zwar zahlreiche neue KI-Modelle auf den Markt, aber zumindest bei den Sprachmodellen (Large Language Models, LLMs) stagnierte die Entwicklung auf dem Niveau des vor über einem Jahr veröffentlichten GPT-4-Modells von OpenAI. Andere Firmen wie Meta, Anthropic und xAI haben inzwischen ebenfalls Modelle mit den Fähigkeiten von GPT-4 auf den Markt gebracht, ein echtes Level-5-Modell lässt aber bis heute auf sich warten.

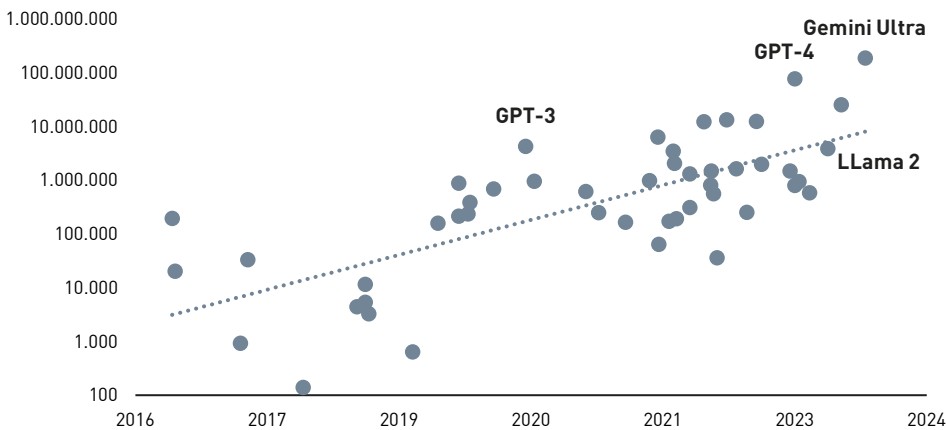
Anstatt die Modelle immer weiter zu vergrößern, verfolgen die Entwickler in letzter Zeit eine neue Strategie: Sie lassen die Modelle wiederholt und iterativ die gleichen Fragestellungen bearbeiten. Auf diese Weise lässt man die Modelle quasi „denken“, was ihre Leistungsfähigkeit in vielen Bereichen deutlich verbessert. Es stellt sich nun die Frage, wie viel Verbesserungspotenzial sich aus den derzeit verfügbaren Algorithmen noch herausholen lässt, sei es durch immer größere Modelle oder durch intensivere „Denkprozesse“. Eine Reihe von Brancheninsidern hat sich diesbezüglich in jüngster Zeit eher skeptisch gezeigt. Zudem dürften – selbst bei technischer Umsetzungsmöglichkeit – betriebswirtschaftliche Aspekte gegen immer größere Modelle sprechen. Denn die Kosten<sup>4</sup> für das Training modernster KI-Modelle steigen exponentiell an. So verbrauchte das Modelltraining von OpenAI’s GPT-4 schätzungsweise 78 Mio. USD an Rechenleistung, bei Googles Gemini Ultra waren es ganze 191 Mio. USD. Damit sich die Berechnung größerer Modelle lohnt, müssten sie also einen spürbaren Leistungsschub bringen. Wie schnell sich der Status quo ändern kann, hat kürzlich das chinesische Start-up Deepseek gezeigt. Nachdem das Unternehmen damit Schlagzeilen

<sup>4</sup> amortisierte Equipment- und Energiekosten

machte, ein LLM-Modell auf GPT-4o-Niveau mit Kosten von nur 6 Millionen US-Dollar trainiert zu haben, brach der Aktienindex des Grafikkartenherstellers Nvidia zeitweise um 17 % ein. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass Deepseek zwar durchaus effizienzsteigernde und innovative Ansätze gefunden hat, die tatsächlichen Trainingskosten aber deutlich über den ursprünglich kursierenden 6 Mio. USD gelegen haben müssen. So hat das Unternehmen nach Recherchen des KI-Forschungsinstituts Semianalysis seit Bestehen weit über 500 Mio. USD in Hardware investiert.

Während Studien bereits erhebliche Produktivitätsgewinne beim Einsatz von KI für spezifische Aufgaben nachweisen konnten, sind die **Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität auf makroökonomischer Ebene** noch weitgehend unbekannt. Aktuelle Studien zu mittelfristigen Auswirkungen von KI auf die Produktivität in den USA schätzen eine kumulative Steigerung der Multifaktorproduktivität von weniger als 0,7 % (Acemoglu (2024)), während Filippucci et al. (2024) jährliche Produktivitätszuwächse von 0,25 bis 0,6 %-Punkten prognostizieren. Ein Blick auf frühere technologische Innovationen wie die Dampfmaschine, die Elektrizität oder auch den PC zeigt, dass sich Produktivitätseffekte erst über einen längeren Zeitraum einstellen. So dauerte es beispielsweise mehr als 60 Jahre, bis die Dampfmaschine zu spürbaren Produktivitätssteigerungen führte. Man kann jedoch beobachten, dass die Wartezeit von Periode zu Periode kürzer wurde. So dauerte es beim PC noch 15 Jahre, bei KI könnten es mit etwas Glück vielleicht nur sieben Jahre sein.

**Geschätzte Trainingskosten für diverse KI-Modelle**  
in USD, Log-Skala



Quelle: AI Index Report 2024.

Number to watch:

**25,2 Mrd.**

Das ist die Höhe der privaten Investitionen in generative KI im Jahr 2023 in USD. Im Vergleich zu 2022 entspricht dies einer Verachtfachung. Insgesamt wurden 2023 weltweit private Mittel in Höhe von 96 Mrd. USD in KI investiert (Quelle: AI Index Report 2024).

**FAZIT:** Viele dieser Entwicklungen, die uns im vergangenen Jahr beschäftigt haben, bleiben auch im Jahr 2025 erhalten: Geopolitische Spannungen, Protektionismus und Industriepolitik werden weiterhin bestimmende Determinanten der Weltwirtschaft sein; in diese Richtung weist auch die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus. Für Europa ist die daraus resultierende Unsicherheit Fluch und Chance zugleich. Zwar wird das BIP-Wachstum in der EU auch 2025 unterdurchschnittlich bleiben, mit den Expertenberichten von Enrico Letta und Mario Draghi halten die politischen Entscheidungsträger aber zumindest wichtige Blaupausen in der Hand, mit deren Hilfe sich der Wirtschaftsraum wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad führen lässt. Damit unterscheidet sich Europa deutlich von den beiden anderen Wirtschaftsmächten China und USA. Durch ihren hohen Globalisierungsgrad ist die EU zwar relativ exponiert gegenüber internationalen Entwicklungen, könnte sich aber mit einer klugen gemeinsamen Industrie- und Wachstumsstrategie gut auf alle Eventualitäten vorbereiten. Das Jahr 2025 wird zeigen, ob dies gelingt.



Weitere Publikationen finden Sie auf unserer Website!

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Abteilung für Wirtschaftspolitik  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien  
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

**Abteilungsleitung:**  
MMag. Claudia Huber

**Chefredaktion:**  
Thomas Eibl

**Autor/Ansprechpartner:**  
Peter Obinger,  
peter.obinger@wko.at  
Tel: +43 5 90 900 | 4252  
20. Februar 2025